

EntschlieÙung - Kollektivverhandlung

Schlussfolgerung/Aktionspunkte

Der EGÖD

- Wird Wirtschaftspolitiken unterstützen, die im Rahmen einer zukunftsfähigen Entwicklungsstrategie Arbeitsplätze auch im öffentlichen Sektor schaffen. Es ist eine stärkere Beteiligung an der Arbeit des EGB zu Wirtschaftsthemen erforderlich, um die Perspektive des öffentlichen Dienstes stärker in den Vordergrund zu stellen.
- Wird seine Kollektivverhandlungsziele weiter entwickeln und dabei besonders die Bereiche Niedriglöhne, ältere und junge ArbeitnehmerInnen, nachhaltige Entwicklung und Arbeitsplatzqualität sowie betriebliche Umstrukturierung und ausländische ArbeitnehmerInnen vorrangig behandeln.
- Wird eine Lohnpolitik verfolgen, die auf die Erhöhung des Anteils der ArbeitnehmerInnen am Nationaleinkommen abzielt. Der EGÖD und seine Mitgliedsorganisationen setzen sich für eine parallele Lohnentwicklung im öffentlichen und privaten Sektor ein, um das Lohngefälle zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor zu verringern, und unterstützen sich gegenseitig bei ihren Arbeitskämpfmaßnahmen.
- Wird weiterhin das EPSUCOB@-Netzwerk ausbauen und stärken und damit zum Informations- und Erfahrungsaustausch über die Ergebnisse von Kollektivverhandlungen beitragen; dies gilt ebenfalls für die Erarbeitung, Überwachung und Koordinierung der Kollektivverhandlungspositionen des EGÖD, wie z. B. zu gleicher Bezahlung. Jahreskonferenzen, an denen alle Mitgliedsgewerkschaften teilnehmen können, sind ein wichtiger Teil dieser Arbeit.
- Bestätigt seine Verpflichtung, einen sozialen Dialog mit den europäischen Arbeitgebern in seinem Organisationsbereich zu beginnen. Der EGÖD und seine Mitgliedsorganisationen verpflichten sich zu koordinierten Maßnahmen auf nationaler Ebene, um die Arbeitgeber an den Verhandlungstisch zu bekommen.
- Wird das EBR-KoordinatorInnen-Netzwerk des EGÖD weiter ausbauen, um den Gewerkschaften bei der Einsetzung und Unterstützung europäischer Betriebsräte zu helfen und auf diese Weise eine Plattform zur Verfügung zu stellen, um Probleme und Herausforderungen auch im Zusammenhang mit der Rolle der EBR in einem System der europäischen industriellen Arbeitsbeziehungen zu erörtern. Dabei wird es auch um Fragen bei der Umsetzung des Statuts der europäischen Aktiengesellschaft und um die Überarbeitung der Richtlinie über europäische Betriebsräte gehen.
- Wird die Gewerkschaftsrechte in allen europäischen Ländern verteidigen und bestätigt erneut seine bedingungslose Unterstützung von Gewerkschaften, die sich gegen Verletzungen grundlegender Gewerkschaftsrechte zur Wehr setzen.